

Versprochen und gebrochen

© akkash.jpg – stock.adobe.com

CDU kritisiert Versorgungslücke bei der Patientenberatung

Der Aufbau der neuen Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) kommt weiterhin nur schleppend voran. Viele Patienten haben seit Anfang Dezember keine Anlaufstelle mehr für ihre Anliegen. Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Tino Sorge, wirft der Ampelkoalition grobe Fahrlässigkeit vor.

Zur Erinnerung: Bis Ende 2023 war die Sanvartis Careforce Holding Träger der UPD. Kritiker sahen durch die Nähe zu den Krankenkassen die Neutralität und Unabhängigkeit gefährdet. Zudem kamen Zweifel an der effizienten Verwendung der Fördermillionen auf. Hauptvorwurf: Die Zahl der Beratungen blieb hinter den Versprechungen des Trägers zurück. All dies führte schließlich zur Reorganisation der UPD in Form einer Stiftung. Start sollte Januar 2024 sein.

Die aktuelle Beratungslücke kommt nicht von ungefähr. Das monatelange Gerangel um neue Strukturen und die Finanzierung der UPD führte zu erheblichen Verzögerungen. Tino Sorge kritisierte im „Ärztblatt“, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) noch vor einem Jahr einen nahtlosen Übergang von der alten zu neuen Patientenberatung versprochen habe. Doch dieses Versprechen habe er gebrochen, so Sorge, und wohl nicht nur dieses. Den früheren Mitarbeitern der UPD wurde derweil zum Jahresende gekündigt; ein Weiterbeschäftigungsangebot konnte aufgrund rechtlichen Klärungsbedarfs im letzten Jahr nicht gemacht werden. Die Kompromisslösung einer Ver-

schiebung des Stiftungsstarts und Vorschläge für einen Übergangsbetrieb über den Jahreswechsel hinaus hätten die Ampelparteien allerdings schlichtweg abgelehnt. Sorge: „Die Folgen dieser Ignoranz sehen wir jetzt.“

Schadensbegrenzung bei der Ampelkoalition

Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung Stefan Schwartzke übt sich derweil in Schadensbegrenzung. „Wir haben die optimistische Annahme, dass die Beratung Ende des ersten Quartals, Anfang des zweiten Quartals losgehen kann“, sagte der SPD-Politiker bei einer Pressekonferenz zu einem neuen Internetportal der Ersatzkassen zur Patientensicherheit. Das bedeute aber nicht, dass die Beratungsangebote dann gleich „komplett in der Fläche“ stattfinden könnten, setzte Schwartzke hinzu.

Nach wie vor gibt es also kein genaues Datum, an dem die Unabhängige Patientenberatung Deutschland wieder allen Bürgern zugänglich ist. Auf der Website der UPD „patientenberatung.de“ werden Ratsuchende an das Bürgertelefon des

Bundesgesundheitsministeriums verwiesen. Weiterführende Informationen rund um das Thema Gesundheit seien auch auf der Plattform „gesund.bund.de“ zu finden.

Für Rat suchende Patienten aus Bayern konnte dank der Bezuschussung des bayerischen Gesundheitsministeriums noch bis Ende März 2024 bei den unabhängigen Beratungsstellen in Augsburg, München und Nürnberg eine Patientenberatung aufrechterhalten werden. Bis Redaktionsschluss dieses BZB war leider unklar, ob dieses bayerische Angebot nochmals verlängert werden wird.

Die zahnärztliche Patientenberatung in Bayern ist von den Wirren um die UPD nicht betroffen. Sie steht allen Patienten, die Fragen zu ihrer zahnärztlichen Behandlung haben, uneingeschränkt zur Verfügung.

Infos rund um den Patientenservice der KZVB findet man auf kzvb.de/patient.



Ingrid Scholz